

# aus dem Nationalrat



**Prisca  
Birrer-Heimo**  
SP, Rothenburg

## Zum Ersten ...

Die Fasnacht ist vorbei, die Fastenzeit angebrochen. Davon war im Bundeshaus letzte Woche allerdings wenig zu spüren, wenn man die üppigen Beschlüs-

## Üppige Kost in der Fastenzeit

se des Parlamentes anschaut. Wobei es für einige nur für eine dünne Suppe reichte, bei andern ist reichhaltig angerichtet worden. Aber der Reihe nach!

Begonnen hat es bereits am letzten Montag mit dem Zahlungsrahmen für den nächsten Nationalstrassen-Ausbau-schritt. Der vom Bundesrat beantragte Kredit von 4,65 Mrd. Franken wurde

vom Nationalrat auf ungefähr 6 Mrd. Franken kräftig aufgestockt. Ungefähr, weil wir schlicht nicht wussten, wie viel gewisse zusätzlich beschlossene Ausbauprojekte kosten, da die Vorbereitungen zu wenig weit waren: Es fehlten verlässliche Kostenschätzungen. Deshalb beschloss der Nationalrat am Schluss der Debatte aufgrund eines Ordnungsantrages, nicht über die Lösung der Ausgabenbremse abzustimmen, da wir den Gesamtbetrag des Strassenkredites nicht kannten. Am nächsten Donnerstag wird nun entschieden, nachdem die nationalrätliche Verkehrskommission nochmals getagt hat und beantragt, für die zusätzlichen Projekte keine finanziellen Mittel zu sprechen und so das Ganze wieder auf eine seriöse, rechtliche, finanzielle und planerische Basis zu stellen. Zudem zählt die Kommission auf einen fundierteren Entscheid des Ständerates, der als Nächstes die Vorlage beraten muss und die zusätzlichen Projekte wieder rauskippen kann (das ist im Nationalrat nicht mehr möglich, da darüber schon abgestimmt wurde). Ob dort weniger regionalpolitische Geschenke verteilt werden, wird sich noch zeigen – schliesslich sind wir in einem Wahljahr!

## ... zum Zweiten

Bei Politikern beliebt sind nicht nur Strassenprojekte, sondern auch Steuerabzüge bzw. Steuersubventionen. Das hat der Ständerat in der ersten Woche bewiesen, indem er die pauschalen Abzüge für Krankenkassenprämien bei der direkten Bundessteuer erhöhen will. Der Nationalrat hat sich nicht «lumpen lassen» und hat am letzten Dienstag nicht nur wie vom Bundesrat vorgesehen die Kinderdrittbetreuungsabzüge erhöht, sondern auch noch den allgemeinen Kinderabzug angehoben. Allerdings profitieren von den Abzügen vor allem Personen mit hohem Einkommen, denn rund die Hälfte der Familien bezahlt aufgrund der Einkommensgrenze gar keine direkten Bundessteuern. Auch bei kleineren Bundessteuerbeträgen wird das kaum spürbar sein, richtig einschenken werden die Steuerrabatte bei den Reichen. Insgesamt resultieren so rund 825 Mio. Franken an Steuerausfällen.

## ... und zum Dritten

Auch die Tourismusbranche ist nicht leer ausgegangen. Das Mehrwertsteuer-Privileg von sogenannten Packages soll ausgeweitet werden, sodass mehr

Leistungskombinationen privilegiert, sprich tiefer besteuert, werden können. Und damit auch die Konzerne noch auf ihre Rechnung kommen, hat der Nationalrat eine Motion überwiesen, die Steuererleichterungen für konzerninterne Finanzierungen fordert. Das Preis-schild ist auch hier noch nicht bekannt, der Preis dürfte aber sehr hoch sein!

Mit Steuern wird gesteuert, und je nachdem profitiert die eine oder andere spezielle Gruppe. Die Kosten dafür müssen jedoch alle tragen, und daher wäre es dringend nötig, dass das Parlament die Auswirkungen all dieser Abzüge und Privilegien überprüfen würde – und dies mit dem Blick auf das Gesamtwohl. Denn schlussendlich geht es um wichtige Einnahmen, die gute staatliche Leistungen sichern sollen – sei dies im Bereich der Gesundheitsversorgung, der Bildung oder für Infrastrukturen in Strasse und Schiene, um nur einiges zu nennen. Wir sind da im Kanton Luzern sozusagen gebrannte Kinder und wissen seit der Tiefsteuerstrategie, wozu fehlende Steuereinnahmen führen.

Wer muss den Gürtel enger schnallen? Unausgegrenzte Strassenprojekte be-

schliessen und Steuergeschenke verteilen ist offenbar einfach – schwer tut sich das Parlament allerdings bei den Gesundheitskosten. Vorschläge für Kostensenkungen kommen wegen den verschiedenen Lobbyvertretern im Bundeshaus kaum durch. Weder Krankenkassen noch Leistungserbringer oder Pharmaindustrie können sich auf wirksame Kostensenkungsmassnahmen einigen, und so sollen nun die Prämienzahlerinnen und Prämienzahler zur Kasse gebeten werden: Mit einer automatischen Erhöhung der Franchise um 50 Franken, wenn die Gesundheitskosten weiter steigen. Übrigens wollte die nationalrätliche Gesundheitskommission sogar noch weiter gehen und die Franchise direkt auf 500 Franken erhöhen. Doch dann hat die rechtsbürgerliche Mehrheit offenbar der Mut verlassen, viele haben gegen ihre Kommissionskollegen gestimmt, denn die Empörung von Bürgerinnen und Bürgern gegen die Franchisenerhöhung ist gross. Vielleicht gibt es bis zur Schlussabstimmung vom nächsten Freitag noch weitere Sinneswandel? Und sonst werden die Stimmberechtigten das letzte Wort haben – das Referendum gegen die automatische Franchisenerhöhung wird von einer breiten Allianz getragen.